Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Insertionspreis Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 47. — **Dienstag / Mittwoch 24. / 25. April 1923.**

Amtlicher Teil.

Ein Steuersprechtag findet in **Wilsdruff** am **Donnerstag den 26. d. Mts.** vormittags **10—12** und nachmittags von 1/2 2—5 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal im Rathaus statt.

Wilsdruff, am 21. April 1923. 1959 **Der Stadtrat.**

Auf Grund der mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums erteilten Ermächtigung des Ministeriums des Innern — Landeswohnungsamt — vom 15. März 1923 — L W A IV M, Sch. 10, L W A. IV, W. M. 12c — wird hiermit angeordnet, daß die Vollstreckung von Urteilen und von Vergleichen, die auf Räumung von Wohnungen oder Räumen lauten,

1. soweit es sich um Mietwohnungen oder Mieträume handelt, auf Grund von § 5a Mieterschutzbekanntmachung,
2. soweit es sich um Wohnungen oder Räume handelt, die nicht auf Grund eines Mietvertrages, sondern auf Grund eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses überlassen sind, auf Grund von § 9 Wohnungsmangelbekanntmachung,

nur mit Zustimmung des zuständigen Mieteinigungsamtes zulässig ist. Die Anordnungen der Gemeindebehörden sind jedoch in der Weise einzuschränken, **daß die Zustimmung des Mieteinigungsamtes erteilt werden muß,**

im Falle 1., wenn dem Inhaber der Räume ein **anderes Unterkommen verschafft ist** oder wenn er mit der **Mietzinszahlung schuldhafterweise in Verzug ist,**

im Falle 2., wenn

a) dem Inhaber der Räume ein anderes Unterkommen verschafft ist,
b) wenn es zur Fortsetzung eines geordneten Betriebes unbedingt erforderlich ist, daß die Räume zur Unterbringung eines anderen Arbeitnehmers freigemacht werden,
c) wenn die Räume nach dem 31. Januar 1921 ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel neu erstellt worden sind,
d) **spätestens nach Ablauf eines halben Jahres, seitdem das Urteil oder der Vergleich vollstreckbar geworden ist.**

Wilsdruff, Grumbach und Kesselsdorf, am 18. April 1923. 1955

Der Stadtrat zu Wilsdruff, die Gemeindevorstände zu Grumbach und Kesselsdorf.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im englischen Oberhause hielt Lord Curzon eine hochbedeutsame Rede über die Möglichkeiten einer Verständigung in der Reparationsfrage.

* Nach zuverlässigen Schätzungen hat Frankreich aus dem Ruhrgebiet in der Zeit der Besetzung bisher etwa 340 000 Tonnen Kohle und Koks erhalten. Täglich gehen ungefähr 4000 bis 7000 Tonnen nach Frankreich. Im Falle der Nichtbesetzung hätte Frankreich etwa 60 000 Tonnen täglich erhalten.

* Auf Grund der Tätigkeit des päpstlichen Delegaten im Ruhrgebiet wurde der Bürgermeister Schäfer aus dem Gefängnis entlassen.

* Auf dem Bahnhof Vorhalle wurde eine Eisenbahnbrücke gesprengt, was zu scharfen Gegenmaßnahmen der Franzosen führte.

* Der preußische Minister des Innern Severing sprach im Landtage über die Zeitungsverbote, die Selbstschutzbewegung und die Vorgänge in Mülheim.

Lord Curzons Friedenshoffnung.

Die Redeschlacht, die den Kampf an der Ruhr begleitet, ist gegenwärtig „zum Stehen gekommen". Poincaré ist, um in dem militärischen Bilde zu bleiben, bemüht, uns den Geländegewinn, den wir nach der ausgezeichnet verlaufenen außenpolitischen Debatte im Reichstage und der Rede des Herrn von Rosenberg zu verzeichnen hatten, wieder abzunehmen, und er läßt deshalb mit Heftigkeit und Konsequenz alles dementieren, was danach aussehen könnte, als ob die französische Politik neuerdings etwas mehr Einsicht in die wahre Lage der Dinge aufzubringen vermöchte als bisher. Dazu gehört es z. B., daß die Nachrichten der französischen Blätter über den Inhalt des vor seinem Abschluß stehenden belgisch-französischen Reparationsprogramms kategorisch als unrichtig hingestellt werden, obgleich sich unter ihnen so maßgebende Zeitungen, wie der „Petit Parisien", befinden. Aber da ja gesagt worden war, daß Frankreich sich mit 36 Milliarden „begnügen" wolle und die Sicherung nicht in militärischer Richtung, sondern durch ein deutsch-französisches Wirtschaftsbündnis anstrebe, da ferner in dem von den Zeitungen veröffentlichten Programmentwurf weder von einer Finanzkontrolle, noch von der Loslösung der Rheinlande die Rede war, so ist es wirklich nicht verwunderlich, daß Poincaré sich mit Empörung gegen den Verdacht wehrte, als ob er wirklich so viel Vernunft aufbringen könnte.

Es war auch zweifellos vollkommen falsch, dergleichen von ihm zu erwarten. Nur an der Berliner Börse war man am Freitag, als sich jene Nachrichten in der Morgenpresse befunden hatten, wieder einmal optimistisch gestimmt. Man arrangierte zur Abwechslung rasch eine kleinere, aber um so kräftigere Hausse in westlichen Montanwerten, kurz „Stinneswerte" genannt. Die Betrachtungen, die dem zugrunde lagen — Börsenleute sind wandlungsfähig und wankelmütig wie schöne Frauen — gingen dahin, daß die französische Schwerindustrie Hoffnung auf einen baldigen Abschluß des sogenannten deutsch-französischen Montantrustes hätte, und da jetzt plötzlich auch von der französischen Presse in aller Öffentlichkeit der Standpunkt vertreten wurde, daß Deutschland die verlangte Summe nicht bezahlen könne und deshalb Frankreich durch große Wirtschaftsabkommen versuchen müsse, zu seinem Gelde zu gelangen, so war man in Börsenkreisen bereits überzeugt, daß diese Ankündigung den unmittelbaren Vorboten des deutsch-französischen Kohlen- und Eisenbündnisses darstelle. Nachher hat man's dann allerdings wieder beträchtlich anders gehört, und übrig bleibt nur die Erkenntnis, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nur auf wirtschaftlichem Wege oder überhaupt nicht erfolgen wird.

Aber während die Redeschlacht zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern zurzeit, wie gesagt, auf dem toten Punkt angelangt ist, bemüht man sich andern Ortes, sie in Gang zu halten und zu fördern. Das ist z. B. der offen eingestandene Zweck der letzten Oberhausrede des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen Lord Curzon. Sie stellt sich als einer der wertvollsten Beiträge zur Reparationsfrage dar. Lord Curzon läßt Deutschland in einer Weise Gerechtigkeit widerfahren, wie man sie weder von ihm selbst, der wahrlich der Deutschfreundlichkeit nicht verdächtig ist, noch überhaupt aus dem Ententelager erwarten durfte. Während Poincaré alles tat, um den günstigen Eindruck der Rede des deutschen Außenministers zu zerstören, knüpft der englische Außenminister direkt und zustimmend an sie an, und während die französischen Politiker noch heute die deutsche Zahlungsunwilligkeit proklamieren, sagt ihr englischer Kollege, daß Deutschland anerkennenswerterweise trotz schweren Mangels an Rohstoffen, trotz Lähmung der Einfuhr, trotz katastrophaler Verschlechterung der Existenzmöglichkeit der breitesten Massen und trotz des neuen Marksturzes frühere Vorschläge wieder aufgenommen habe. Deutschland habe außerdem einen Friedenspakt angeboten und wolle zahlen. Lord Curzon lehnte ferner ganz in unserem Sinne den Weg über den Völkerbund ab, weil er keine gerechte, sondern eine einseitige Lösung im Sinne Frankreichs herbeiführen würde, und er schloß, indem er die von Frankreich verfolgte Politik als gefährlich bezeichnete und sich ausdrücklich gleich dem deutschen Außenminister für den Hughesschen Plan der Festlegung und Begrenzung der deutschen Leistungsfähigkeit durch ein internationales Sachverständigenkomitee erklärte.

Besonders diese letzte Übereinstimmung zwischen englischer und deutscher Auffassung ist bedeutsam und darf auch von uns als erfreuliches Zeichen gebucht werden. Lord Curzons Worte werden in Paris gehört werden müssen, und sie sind dort nicht so leicht abzutun wie die des Herrn von Rosenberg. In Deutschland wird man sie als einen neuen Beweis dafür zur Kenntnis nehmen, daß man in der Welt doch allmählich mehr als bisher anfängt, unseren ernsten Willen zu einem wahren Weltfrieden anzuerkennen. Daraus wieder werden wir den Schluß zu ziehen haben, daß wir fester denn je den bisher eingeschlagenen Weg verfolgen müssen. Alle Wege führten einst, wie das Sprichwort sagte, nach Rom. Heute führen in Deutschland alle Wege an die Ruhr.

•

Aus dem Wortlaut der Rede.

Lord Curzon sagte am wichtigsten Punkte seiner Rede: „Ich glaube, daß, wenn Deutschland irgendein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen, machte und seines Wunsches, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festsetzen zu lassen, und wenn dieses Anerbieten gleichzeitig genaue Bürgschaften für die Festsetzung der Zahlungen enthielte, ein Fortschritt erzielt werden könnte. Frankreich hat mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß es willens ist, einen solchen Vorschlag entgegenzunehmen. Ich glaube, ich habe auf beiden Seiten Symptome, wenn auch nicht für ein Zusammenkommen, so doch wenigstens für eine Bereitschaft, die Bedingungen einer zukünftigen Regelung in Erwägung zu ziehen und sogar zu besprechen, wahrgenommen. Wir werden weiterhin unser Bestes tun, um die Entwicklung dieser Symptome zu ermutigen. Ich bin voller Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo unser Einfluß und unsere Autorität, die ganz intakt bleiben, mit Nutzen in der Richtung eingesetzt werden können, daß sie die beiden Hauptparteien zusammenbringen zu einer Besprechung und zur Entwicklung eines Problems, das ein Weltproblem und ein Friedensproblem ist."

Der Standpunkt Lord Greys.

Nach Curzon sprach Lord Grey, welcher u. a. sagte: Während der allerletzten Wochen sei die Lage in gewissem Sinne schlimmer geworden, aber in anderer Beziehung habe sie sich gebessert. Er glaube, daß Anzeichen vorhanden seien, daß die französische und die belgische Regierung einzusehen begännen, daß die Ausübung eines gewaltsamen Druckes auf Deutschland allein keine Lösung herbeiführen werde. Er glaube, sie kämen immer mehr zu der Einsicht, daß eine Lösung gefunden werden müsse, nicht allein durch ihr Sondervorgehen im Ruhrgebiet, sondern durch eine Aktion in Gemeinschaft mit den Alliierten. Dies bedeute, daß sie die Besetzung aufrechterhalten würden, bis Ergebnisse erzielt seien, aber es bedeute auch die Einsicht, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung allein nicht die Ergebnisse zeitigt, die sie instandsetzen würden, sich zurückzuziehen."

Curzons Echo.

Der Eindruck in Berlin und Paris.

Zu der sehr bedeutsamen Oberhausrede des englischen Außenministers kann seitens der deutschen Regierung natürlich erst dann Stellung genommen werden, wenn ihr genauer Wortlaut vorliegt, aber schon jetzt hat man in Berlin den Eindruck, daß hier ein wirklicher Staatsmann in einer neuen Form Wege zu finden sucht, die aus der gegenwärtigen Situation hinausführen könnten. Es wird deshalb deutscherseits zweifellos alles versucht werden, um in positivem Sinne auf die verschiedenen Curzonschen Anregungen zu reagieren. Besonders ist man auch in Berliner Bank- und Finanzkreisen geneigt, die Ruhrrede Curzons im englischen Oberhaus gewissermaßen als Vorläufer von Verhandlungen zu betrachten. In deutschen Industriekreisen glaubt man außerdem, zwischen der Reichstagsrede Stresemanns und der Rede Curzons ein bemerkenswertes inneres „Sichverstehen" festzustellen.

In Paris ist man naturgemäß etwas ärgerlich darüber, daß Curzon so deutlich sprach. Man empfindet die Rede als eine „Dusche" für die französische Politik, und ein Pariser Blatt weiß nichts Klügeres zu antworten, als daß von einer Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch eine internationale Kommission keine Rede sein könne und daß das Ruhrgebiet bis zur vollständigen Entrichtung der Reparationssumme besetzt bleiben müsse.

Die Wirksamkeit Testas.

Freilassung des Bürgermeisters Schäfer.

General Degoutte hat durch den Vatikan mitteilen lassen, daß der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Essener Bürgermeister Schäfer mit Rücksicht auf seinen kränklichen Zustand aus dem Gefängnis entlassen wird und mit seiner Familie in einem Sanatorium oder Hotel des besetzten Gebietes Aufenthalt finden kann. Der päpstliche Delegat, Monsignore Testa, der seit drei Tagen in Berlin weilt, konnte dem Gefangenen persönlich diese Nachricht bei einem Besuch überbringen. Weitere Erleichterungen für politische Gefangene und besonders für die Häftlinge des Gefängnisses Zweibrücken, über das schwere Klage geführt wurde, sind auf demselben Wege zugesagt worden.

Msgr. Testa stattete in Berlin dem Reichskanzler einen Besuch ab. Dann fuhr er nach München zu einer Besprechung mit der bayerischen Regierung. Von da begibt er sich in das Ruhrgebiet zurück.

Der Terror in Mülheim.

Wenn die Schupo fehlt.

Die Gewaltherrschaft der von Kommunisten und Syndikalisten geführten Verbrecherbanden in Mülheim a. Ruhr

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF